



Die Einheit der Verschiedenen: Integration in der postmigrantischen Gesellschaft

Einleitung

›Wir sind Christen, wir sind Muslime, wir sind Juden, wir sind Charlie!‹ stand auf den Transparenten der Menschen, die sich am 11. Januar 2015 zur Mahnwache vor dem Brandenburger Tor versammelt hatten, um der Opfer der Terroranschläge von Paris zu gedenken, bei denen vier Tage zuvor zwölf Menschen in und vor der Redaktion des französischen Satire-Magazins ›Charlie Hebdo‹ sowie eine Polizistin auf der Straße und vier weitere Menschen in einem jüdischen Lebensmittelladen von radikal-islamistischen Extremisten getötet worden waren. Die Mahnwache wurde vom Zentralrat der Muslime und der Türkischen Gemeinde in Deutschland organisiert, um ein Zeichen für Toleranz, Meinungsfreiheit, Menschenrechte und gegen religiösen Fanatismus zu setzen. Und um deutlich zu machen, dass die Mörder nicht im Namen von Muslimen, sondern als Repräsentanten einer radikalen Ideologie gehandelt haben. Einer Ideologie, die sich selbst als den wahren Islam propagiert, womit sie seit Jahren auch unzählige Muslime außerhalb des Glaubens platziert und deren Tötung legitimiert. Die überwältigende Mehrheit der Opfer islamistischen Terrorismus sind Untersuchungen zufolge selbst Muslime.¹ Während in westlichen Einwanderungsländern, die von islamistischem Terrorismus partiell betroffen sind, die Angst vielfach dazu führt, die Schuld für die Terrorattacken im Islam selbst zu suchen, positionieren sich Muslime deutlich gegen diese Meinung und verweigern die Gleichsetzung von Islam und islamistischem Terrorismus. So nahm der Zentralratsvorsitzende Aiman Mazyek in seiner Rede deutlich Stellung: ›Die Attentäter haben mit ihrer Tat die größte Gotteslästerung begangen. Sie haben den Islam mit ihrem fürchterlichen Akt verraten und in den Schmutz gezogen. Wir sagen heute unmissverständlich an die Adresse aller Terroristen: Wir werden es nicht zulassen, dass unser Glaube missbraucht wird. Wir werden uns noch mehr engagieren, dieses unser Deutschland weiter voranzubringen. Wir setzen damit heute ein starkes Zeichen und ein klares Bekenntnis gegen Hass und Gewalt. Uns eint, dass wir der Gewalt und

Intoleranz entgegentreten. Wir alle sind Deutschland!‹² Auch der Koordinierungsrat der Muslime und der schiitische Dachverband verurteilten die Anschläge entschieden und drückten ihr Mitgefühl für die Hinterbliebenen aus.

Parallel zu diesen deutlichen Positionen und zu den innermuslimischen Reflexionen über Reformen und Auslegungen des Koran, die verdeutlichen, dass die muslimische Welt sich mit der Spannweite an Deutungen und dem Kampf um Deutungshoheiten auseinandersetzt, wächst die Welle islamfeindlicher, nationaler und rechtspopulistischer Aufmärsche, die sich - als Spaziergänge getarnt - mehrere Monate unter dem Namen PEGIDA (Patriotische Europäer gegen die Islamisierung Europas) etablierte und sich aus einer heterogenen Bürgerbewegung gegen Überfremdung zusammensetzte. Selbst wenn diese Bewegung sich nicht mehr so stark auf der Straße artikuliert, so hat sie doch gezeigt, welche Dynamik islam- und fremdenfeindliche Positionen erzeugen können und wie stark sich das nationale Selbstverständnis in einem Gegenbezug zu Islam und Muslimen artikuliert, die derzeit *pars pro toto* für Ausländer und Migranten stehen.

Narrationen

Narrationen sind Erzählungen bzw. Erzählstrukturen, die Gemeinschaften betreffen und die über Zeit und Raum eine Reproduktion erfahren. Narrationen müssen nicht unbedingt auf empirischen Fakten beruhen, sie können auch auf Deutungen basieren, die erst im Nachhinein oder mit Blick auf ein zukünftiges Ziel interpretiert werden. Sie erhalten durch die Annahme, schon immer so gewesen zu sein, Legitimität und prägen politisches Handeln.³ Ihre Funktion liegt in der Konstruktion eines kollektiven Gedächtnisses und somit in der Konstruktion vergangener und gegenwärtiger Wirklichkeit.⁴ Sie sind ›zentral für die Darstellung von Identität, für das individuelle Erinnern, für die kollektive Befindlichkeit von Gruppen, Regionen, Nationen, für ethnische und geschlechtliche Identität.‹⁵

Wenn wir das Integrationsverständnis in Deutschland rückblickend analysieren, so können wir erkennen, dass sich das Integrationsbemühen viel zu lange ausschließlich auf Migranten und ihre Nachkommen konzentriert hat. Dass dabei ganze Teile der Mehrheitsbevölkerung aus dem Fokus geraten sind und kulturell nicht mit der neuen Identität des Landes Schritt halten konnten, ist nicht unter dem Gesichtspunkt von gesellschaftlicher Desintegration wahrgenommen und debattiert worden. Die Politik hat es verpasst, diesem heterogenen neuen Deutschland ein Narrativ (für eine Definition siehe Kasten zu Narrationen) zu geben, das handlungsleitend wirken konnte. So hielt sich die Vorstellung von Migration als Ausnahme und Notstandssituation, obwohl längst jedes dritte Kind in Deutschland über einen solchen Hintergrund verfügt – und gleichsam deutsch ist.

Wie wollen und wie können wir in einer Gesellschaft zusammenleben, die durch Vielfalt gekennzeichnet ist? Das ist eine der zentralen Fragen, die sich angesichts der Entwicklungen der letzten Jahre aufdrängt, in denen Deutschland zu einem Einwanderungsland geworden ist – und zwar nicht nur empirisch, sondern auch narrativ. Daran knüpft auch die Frage an, wie der Integrationsbegriff in einer heterogenen, durch kulturelle, ethnische, religiöse und nationale Vielfalt und plurale Lebensvorstellungen geprägten Gesellschaft neu gedacht werden kann.

Die postmigrantische Gesellschaft

Das Einwanderungsland Deutschland befindet sich in einem Prozess, in welchem Zugehörigkeiten, nationale (kollektive) Identitäten, Partizipation und Chancengerechtigkeit postmigrantisch, also *nachdem* die Migration erfolgt und nun von Politik, Wissenschaft und Öffentlichkeit als unumgänglich anerkannt worden ist, nachverhandelt und neu justiert werden.⁶ Das Präfix ›post‹ steht dabei nicht für das Ende der Migration, sondern beschreibt gesellschaftliche Aushandlungsprozesse, die in der Phase *nach* der Migration erfolgen. Als postmigrantisch können jene Gesellschaften bezeichnet werden, in denen:

- a. der gesellschaftliche Wandel in eine heterogene Grundstruktur politisch anerkannt worden ist (›Deutschland ist ein Einwanderungsland‹) – ungeachtet der Tatsache, ob diese Transformation positiv oder negativ bewertet wird,
- b. Einwanderung und Auswanderung als Phänomene erkannt werden, die das Land massiv prägen und die diskutiert, reguliert und ausgehandelt, aber nicht rückgängig gemacht werden können,
- c. Strukturen, Institutionen und politische Kulturen *nachholend* (also postmigrantisch) an die erkannte Migrationsrealität angepasst werden, was mehr Durchlässigkeit und soziale Aufstiege, aber auch Abwehrreaktionen und Verteilungskämpfe zur Folge hat.

Migration ist zum Alltag einer deutschen Gesellschaft geworden, in der jeder dritte Bürger Migrationsgeschichten als familialen Bezugspunkt angibt.⁷ Vor allem die deutschen Großstädte sind immer heterogener geworden, was sich in Schulen, Kindertagesstätten oder im Stadtbild widerspiegelt. Städte wie Frankfurt am Main haben bereits einen Anteil von Kindern mit Migrationshintergrund unter sechs Jahren von 75,6 Prozent, Augsburg 61,5 Prozent, München 58,4 Prozent und Stuttgart 56,7 Prozent (vgl. Abb. 1). Vor diesem Hintergrund wandeln sich die nationalen Identitätsbezüge. Immer mehr Menschen nehmen für sich in Anspruch, deutsch zu sein, auch wenn ihre Vorfahren nicht immer in Deutschland gelebt haben.

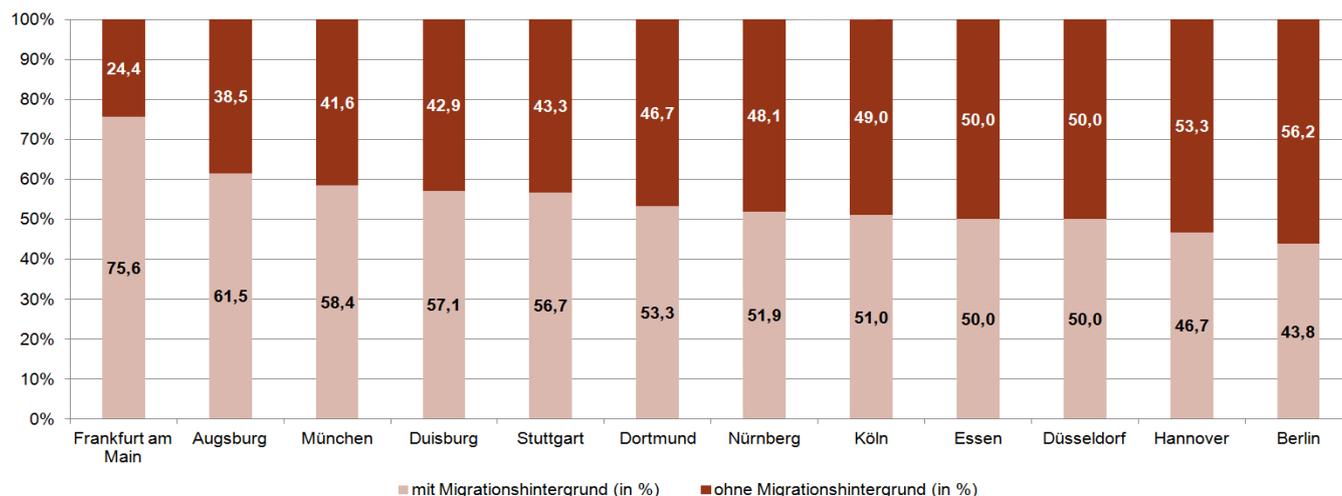
Nennen wir sie doch einfach ›Neue Deutsche‹, forderten drei Journalistinnen im Jahr 2012.⁸ Derartige Bemühungen um neue Bezeichnungspraxen sind im öffentlichen Bewusstsein jedoch kaum präsent. ›Ausländer‹, ›Migranten‹ oder ›Menschen mit Migrationshintergrund‹ sind weiterhin die gängigsten Bezeichnungen für all jene, die aufgrund ihres Aussehens oder ihres anders klingenden Namens als nicht-deutsch wahrgenommen werden, unabhängig davon, wie lange sie schon in diesem Land leben oder ob sie überhaupt jemals nach Deutschland migriert sind. Die empirische Realität ist also noch nicht in eine narrative Neudeutung übergegangen, in welcher das Deutsche selbstverständlich als heterogen und plural wahrgenommen wird.

Allerdings nehmen Eingewanderte und ihre Nachkommen zunehmend für sich in Anspruch, das kollektive Narrativ mitzuprägen. Dementsprechend lautete eine Forderung des ersten Bundeskongresses Neuer Deutscher Organisationen Anfang Februar 2015 in Berlin⁹: ›Wir sind deutsch und wollen mitentscheiden.‹¹⁰ Menschen aus Einwandererfamilien partizipieren als Politiker, auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene an Gesetzgebungsprozessen, beeinflussen als Journalisten die öffentliche Meinung und lassen sich zu Lehrern ausbilden. In allen Fällen bestehen jedoch weiterhin Repräsentationslücken. Obwohl 20 Prozent der Bevölkerung Deutschlands zu den ›Neuen Deutschen‹ zählen, im Sinne der Definition des Statistischen Bundesamtes also einen Migrationshintergrund aufweisen, haben:

- gerade einmal zehn Prozent der im öffentlichen Dienst Beschäftigten eine Migrationsgeschichte¹¹,
- geschätzte zwei Prozent der Journalisten¹²,
- etwa vier Prozent der Räte deutscher Städte¹³
- und neun Prozent der Beschäftigten in Führungspositionen deutscher Stiftungen (in den 30 größten Stiftungen nur drei Prozent)¹⁴.

Obwohl ein Drittel der Kinder zwischen fünf und 15 Jahren aus Einwandererfamilien stammen, haben nur ca. sechs Prozent der Lehrer einen Migrationshintergrund¹⁵. 37 von 631 Parlamentariern haben nach der Bundestagswahl 2013 eine Migrationsgeschichte, womit der Anteil der

Abbildung 1: Anteil der Personen mit und ohne Migrationshintergrund unter sechs Jahren in ausgewählten Städten 2011



Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder (2013): Bevölkerung nach Migrationsstatus regional - Ergebnisse des Mikrozensus 2011. Wiesbaden. Eigene Berechnungen.

Bürgervertreter mit Migrationshintergrund bei weniger als sechs Prozent liegt¹⁶. Ergebnissen einer OECD-Umfrage zufolge liegt die Beschäftigungsquote bei Migranten mit Universitätsabschluss mehr als zwölf Prozent unter derjenigen von Nicht-Migranten mit Universitätsabschluss¹⁷.

Diese Repräsentationslücken sollten in einer postmigrantischen Gesellschaft behoben werden. Nötig dazu ist auch ein ausgeweiteter Integrationsbegriff, welcher die Repräsentationslücken als Integrationsdefizit der Gesellschaft benennt, an deren Behebung nun gemeinsam gearbeitet werden sollte, wofür strukturelle Veränderungen und Öffnungen notwendig werden. Postmigrantische Gesellschaften sind Aushandlungsgesellschaften. Die etablierten kulturellen, ethnischen, religiösen und nationalen Eliten müssten lernen, dass Positionen, Zugänge, Ressourcen und Normen neu ausgehandelt werden. Alle Seiten sollten sich diesem Aushandlungsprozess öffnen – das heißt auch für die ›Etablierten‹, dass sie sich an diese Aushandlungsgesellschaft gewöhnen und sich in diese postmigrantische Struktur integrieren müssten.

Der etablierte Integrationsbegriff

Seit den 1970er Jahren wurde Integration in der Migrationsforschung vornehmlich als etwas verstanden, das ›Ausländer‹, ›Migranten‹ oder ›Menschen mit Migrationshintergrund‹ und deren Einbindung in die deutsche Gesellschaft betrifft. Auch damit verbundene Begriffe wie Integrationsverweigerung, Integrationsfortschritte oder Integrationswille sind vor allem an die Vorstellung gekoppelt, es gäbe eine etablierte Kerngesellschaft oder Aufnahme-gesellschaft, die Menschen mit Migrationsbiographie einseitig motiviert, sich in sie zu integrieren.¹⁸ Der Verlauf wurde dabei vor allem als einseitige Bewegung verstanden.¹⁹ Diesem Paradigma entsprechend setzt integrationspolitisches Handeln ein defizitäres Anderes voraus, auf welches sich die Integrationspolitik konzentriert. Dagegen fehlen in dieser Vorstellung die Integra-

tionsanpassungen oder -leistungen, die von der Dominanzgesellschaft erbracht werden müssten, einschließlich struktureller und institutioneller Öffnungen. Entsprechend werden als besonderes Hindernis für die Integration nicht die etablierten Barrieren und Schließungsprozesse²⁰ von gesellschaftlicher Seite thematisiert, sondern bestimmte religiöse oder kulturelle Andersartigkeiten. So wird fehlende Integration zu einem persönlichen und/oder kulturellen Problem der Migranten umdefiniert, statt strukturelle Barrieren zu berücksichtigen.²¹ Gleichzeitig – und das zeigen beispielsweise auch die Proteste der PEGIDA – gibt es auch Gruppen in der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund, die sich in der neuen, durch Vielfalt gekennzeichneten Gesellschaft nicht zurecht finden, desintegriert wirken und damit ebenfalls von der Integrationspolitik angesprochen werden sollten.

Paradigmenwandel

Die deutsche Politik handelt seit Beginn der 2000er Jahre zunehmend aus der Erkenntnis heraus, dass Deutschland zu einem Einwanderungsland geworden ist. Die letzten zehn Jahre offenbaren eine zunehmende Dynamik im Integrationsgeschehen. Die Migrationsforscher Klaus J. Bade und Michael Bommes haben bereits 2004 für den damaligen Zuwanderungsrat Integration als ›die messbare Teilhabe aller an den zentralen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens, das heißt an Erziehung, Bildung, Ausbildung, Arbeitsmarkt, Recht, Sozialem bis hin zur politischen Partizipation‹ definiert.²² Diese Definition macht deutlich, dass im letzten Jahrzehnt ein Paradigmenwandel in der Definition von Integration stattgefunden hat und der Integrationsbegriff zumindest theoretisch nicht mehr allein für Minderheiten oder für Migranten gedacht, sondern ausgeweitet wurde. Dieser Paradigmenwandel hat sich aber bis dato im allgemeinen Verständnis von Integration noch nicht durchsetzen können, wo dieser Begriff immer noch

vor allem als Anpassungsleistung von Migranten wahrgenommen wird. Ein solcher erweiterter Integrationsbegriff schließt an ältere soziologische Theorien an, die Integration als einen gesamtgesellschaftlichen Prozess definierten und nicht als einen Bedarf von Einzelgruppen.²³

Der einsetzende Paradigmenwandel, der das Integrationsverständnis zunehmend auf die gesamte Gesellschaft ausweitet, sollte nun auch in der Integrationspolitik sichtbar werden. Diese sollte Integrationsanreize und Sanktionsmechanismen für die gesamte Gesellschaft entwickeln, die sich seit den 2000er Jahren als Einwanderungsgesellschaft zu beschreiben versucht. Integration wird somit zu einer politischen und weniger zu einer persönlichen Bringschuld. Wie der Politikwissenschaftler und Migrationsforscher Dietrich Thränhardt 2008 bemerkte, entsteht zunehmend ein »ganz weitreichender Konsens über die Notwendigkeit der Integration und staatlicher Förderung von Integration, einschließlich der grundsätzlichen Erkenntnis, dass dabei nicht nur Leistungen der Einwanderer, sondern auch der Gesellschaft zu erbringen sind.«²⁴

Das öffnet den Blick für die gesellschaftlich zu leistenden Integrationsbemühungen, die strukturell und institutionell gesellschaftliche Zugänge für alle Bürger gleichermaßen offen gestalten und Diskriminierung und Ausschlüsse deutlicher thematisieren sowie Sanktionsmodalitäten stärker verankern müssten. Dazu sollte jedoch die deutsche Gesellschaft – hier verstanden als Zusammenschluss von Bürgern, Institutionen und normsetzenden Instanzen in einem durch Gesetzgebung regulierten Nationalstaat – die Heterogenität ihres Kollektivs deutlicher als Ausgangsbasis von Aushandlungen um Werte und Normen definieren, die gemeinsam mit- und gleichwertig nebeneinander bestehen können.

Integrationsleistungen können und müssen weiterhin konkret für Neuzuwanderer angeboten werden, was im Rahmen der neuen politischen Maßnahmen zur Willkommenskultur auch geschieht. Darüber hinaus sollte es bei Integrationsansätzen aber darum gehen, die Zugangschancen zu begrenzten materiellen und immateriellen Ressourcen wie Bildung, Lebenssicherung, Einkommen und sozialer Anerkennung für *alle* Bürger so weit zu ermöglichen, dass keine systematischen Ungleichheiten aufgrund des sozialen, religiösen, kulturellen oder nationalen Status entstehen. Daher forderte auch Migrationsforscher Klaus J. Bade mit dem Rat für Migration und dem Verein DeutschPlus, dass Integrationspolitik nicht mehr eine Zuständigkeit des Innenministeriums sein sollte, sondern ins Arbeits- und Sozialressort übergehen sollte.²⁵

Brauchen wir den Integrationsbegriff noch?

In den letzten Jahren wurde immer wieder gefordert, den Begriff Integration durch einen anderen zu ersetzen, so z.B. durch den Begriff Inklusion. Da jedoch der Inklusionsbegriff im öffentlichen Verständnis mit Menschen mit Behinderung verbunden ist, gelingt die Ausweitung dieses Begriffs derzeit nicht.

Außerdem bleibt die Frage offen, ob eine Abschaffung oder Ächtung des Integrationsbegriffs letztlich sinnvoll ist, wenn die Strukturen, die ihm zugrunde liegen, erhalten bleiben. Böcker, Goel und Heft haben dies in ihrer kritischen Reflexion zum Integrationsbegriff bereits verworfen: »Der Gewalttätigkeit des Integrations-Diskurses kann nicht durch die Wahl eines alternativen Begriffs entgegengewirkt werden. Weniger das Wort Integration ist problematisch, sondern die dem Diskurs zugrundeliegenden rassistischen Ausgrenzungen, die mit jeder unkritischen Rede von Integration reproduziert werden.«²⁶

Es ist leichter, das Wort Integration von der Kopplung an den Begriff der Migration zu lösen und mit seinem ursprünglichen, gesamtgesellschaftlichen Sinn und Ziel zu besetzen, als ein gänzlich neues Wort mit diesen Bedeutungsinhalten zu füllen. Im Sinne des Paradigmenwandels im Integrationsverständnis wäre dann Sinn und Ziel der Integration:

1. eine gleichberechtigte ökonomische, rechtliche und politische Partizipation aller Bürger an den zentralen Gütern der Gesellschaft
2. zum Zwecke der Herstellung von Chancengleichheit
3. und des Abbaus von Diskriminierung und Ungleichheit.
4. Zusätzlich müsste die symbolische Anerkennung und somit Zugehörigkeit und Teilhabe als sinnstiftender Endpunkt in die Erzählung eines neuen Integrationsparadigmas eingedacht werden.
5. Und es müsste verdeutlicht werden, dass Integration keine Frage der kulturellen, ethnischen, religiösen oder nationalen Herkunft alleine ist, sondern genauso eine Frage von Schicht und Klasse, Gender, sexueller Orientierung, etc. Dies alles definiert die heterogene Gesellschaft und diese ist als empirische Basis gegeben. Sich in diese Gesellschaft hinein zu integrieren, stellt eine große Herausforderung dar.

Integration wäre somit ein Metanarrativ, das der Heterogenität einen Sinn und ein Ziel gibt. Einfach zu sagen »Deutschland ist bunt«, ohne deutlich zu machen, was eine solche Heterogenität für Aufgaben und Anforderungen mit sich bringt, scheint viele Menschen zu überfordern.

Ziel der Politik wäre dann: die Integration in eine heterogene, postmigrantische Gesellschaft für alle Bürger zu ermöglichen, zu vereinfachen und chancengleich zu gestalten. Integration wäre somit mehr als die Summe ihrer Teileinheiten. Einfach nur den Begriff durch »Partizipation« zu ersetzen oder durch »Teilhabe« würde uns somit eines Konzeptes berauben, für das es sich lohnt, gesellschaftlich zu streiten.

Integration als Metanarrativ

Obwohl Integration als ein politischer Begriff wahrgenommen wird, der sich auf die neuere deutsche Geschichte

und den Wandel Deutschlands in ein Einwanderungsland bezieht, war der Integrationsbegriff bereits in der Weimarer Republik durch die von Rudolf Smend in seinem 1928 erschienen Werk ›Verfassung und Verfassungsrecht‹ entwickelte ›Integrationslehre‹ populär. Allerdings wurde er hier keineswegs auf Ausländer oder Einwanderer bezogen, sondern auf alle Bürger Deutschlands und auf das Zusammenspiel zwischen Staat und Individuum. Die Bürger sollten über die Einbeziehung in den politischen Prozess in Beziehung mit dem Staat treten. Dieser sollte sich über die Verfassung der Integration seiner Bürger verschreiben. Der Blick war hier vor allem auf den (National-)Staat als Anbieter einer gemeinschaftsbildenden Idee gerichtet.

Es ist vor allem diese übergeordnete Botschaft der Smendschen Integrationslehre, nämlich dass eine Gesellschaft, um eine Gemeinschaft zu werden, ›einen von allen Bürgern geteilten Sinn‹ und eine Vision von Integration brauche, die rückblickende Kritik hervorruft.²⁷ Wir wissen heute, dass sich diese von Smend als übergeordnete Idee – also als Metanarrativ (auch Großzählung genannt) – eingeforderte nationale Vergemeinschaftung im Verlauf der Geschichte zunehmend zu einer Ideologie entwickelte, der sich die Bürger Deutschlands zwischenzeitlich absolut unterordneten.

Großzählungen (Metanarrative) gibt es bis heute. Obwohl sie im Prinzip gemeinschaftsbildend sein sollen, führen sie auch immer wieder zu Krisen und Konflikten. Dies liegt daran, dass viele von ihnen ein starkes Gegenmotiv in anderen Lebensformen ausmachen (z.B. Kommunismus, Islamismus, Nationalismus etc.). Es gibt zahlreiche Beispiele, die die Anziehungskraft dieser ›Großzählungen‹ belegen. So zeigen die Ergebnisse der regelmäßig veröffentlichten ›Mitte-Studien‹ der Friedrich-Ebert Stiftung, dass fremdenfeindliche, islamophobe und homogenisierende Einstellungen in Form von Nationalismus Zuspruch bis in die Mitte der Gesellschaft finden.²⁸ Auch Hinwendungen junger Menschen zu radikalen und extremen islamistischen Gruppierungen verdeutlichen die Anziehungskraft exklusivistischer Großzählungen, die strukturierend und gesellschaftserklärend auf Menschen wirken.

Vor diesem Hintergrund stellt sich die grundsätzliche Frage, ob stark heterogene Gesellschaften einer übergeordneten politik- und handlungsleitenden Großzählung bedürfen, die ihnen eine Struktur, Orientierung und einen Sinn gibt und damit Gefühlen und Vorstellungen von Parallelstrukturen, Chaos, Unordnung und Bezugslosigkeit entgegenwirkt. Daran knüpft allerdings die Frage an, ob es auch Großzählungen geben kann, die sinnstiftend und strukturierend auf die Politik Einfluss nehmen können, *ohne* exklusiv und homogenisierend zu wirken; Großzählungen also, die vielfältige Perspektiven zulassen und doch sinnstiftend und gemeinschaftsbildend wirken?

Befürworter eines solchen übergreifendes Leitbildes, einer solchen Großzählung für Deutschland, gehen davon aus, dass der Verfassungspatriotismus allein nicht ausreicht, um den Zusammenhalt der Gesellschaft zu fördern. So fordert der Rat für Migration ein zusätzliches handlungsleitendes Motiv oder Leitbild, welches politisch

Metanarrative

Als Metanarrativ - auch Großzählung genannt - wird eine übergeordnete Idee bzw. Weltanschauung bezeichnet, die aus einer übergeordneten Perspektive zu erklären versucht, was in der Gesellschaft passiert. Metanarrative wirken komplexitätsreduzierend und dienen als Leitfaden, um das eigene Verhalten zu strukturieren und das der anderen zu erklären.

definiert, wie dieses neue heterogene Deutschland sich erzählt: ›Eine Einwanderungsgesellschaft ist kompliziert, sie ist nicht selbsterklärend und nimmt nicht alle Bürger automatisch mit. Es gilt daher, die Selbstverständlichkeit einer postmigrantischen Gesellschaft und einer entsprechenden Identität aktiv zu verankern. Nach dem Vorbild traditioneller Einwanderungsländer brauchen wir dafür ein republikanisches Leitbild, an dem sich ausnahmslos alle Bürger orientieren können.‹²⁹

Ein solches übergeordnetes Leitbild soll dazu beitragen, dass die Integration in eine postmigrantische Gesellschaft gelingt. Integration wird somit zur Aufgabe der gesamten Bevölkerung, für die der Staat die Strukturen bereitstellen muss. Gleichzeitig ist Integration, wie oben beschrieben, selbst ein sinnstiftendes Metanarrativ mit Ausblick auf eine zukünftige Gestaltungsmöglichkeit der heterogenen postmigrantischen Gesellschaft, das aus den Teilsegmenten und Zielformulierungen der Teilhabe, Partizipation, Chancengleichheit und Zugehörigkeit zusammengesetzt ist. Ziel dieses Metanarrativs ist es, das politische System zu einer Strukturveränderung zu führen, die Diskriminierung und gesellschaftliche Ungleichheit überwindet und dadurch den gesellschaftlichen Zusammenhalt stärkt. Die Großzählung ›Integration‹ lautet dann, dass es gelingt, in einer zunehmend heterogenen Gesellschaft Zugehörigkeit und Identifikation für alle Bürger zu schaffen und zwar für jene, die sich an dieses bunte Deutschland nicht gewöhnen können, ebenso wie für Neu-Bürger und dies über das Rechtliche und Individuelle hinaus.

Notwendigkeit eines neuen Leitbildes, um den Wandel Deutschlands in ein Einwanderungsland zu beschreiben

In Deutschland wurde bis dato politisch nicht formuliert, welche Vorstellungen von einem gemeinsamen Zusammenleben in einer Gesellschaft, die durch Migration wesentlich pluraler geworden ist, als Leitmotiv eines neuen nationalen Narrativs verhandelt werden könnten. Kanada und die USA hingegen haben vor dem Hintergrund zerbrechenden sozialen Zusammenhalts die Setzung eines politischen Integrations-Narrativs in den 1970ern aktiv vorangetrieben und ihre nationale Identität wahlweise als ›Unity in Diversity‹ oder als ›Nation of Immigrants‹ aktiv ausformuliert und zu ihrer politischen Integrationsagenda gemacht.³⁰

Politisch wird von öffentlichen Einrichtungen gefordert, sich interkulturell zu öffnen und zu prüfen, ob sie die veränderte heterogene Gesellschaft in ihren Strukturen

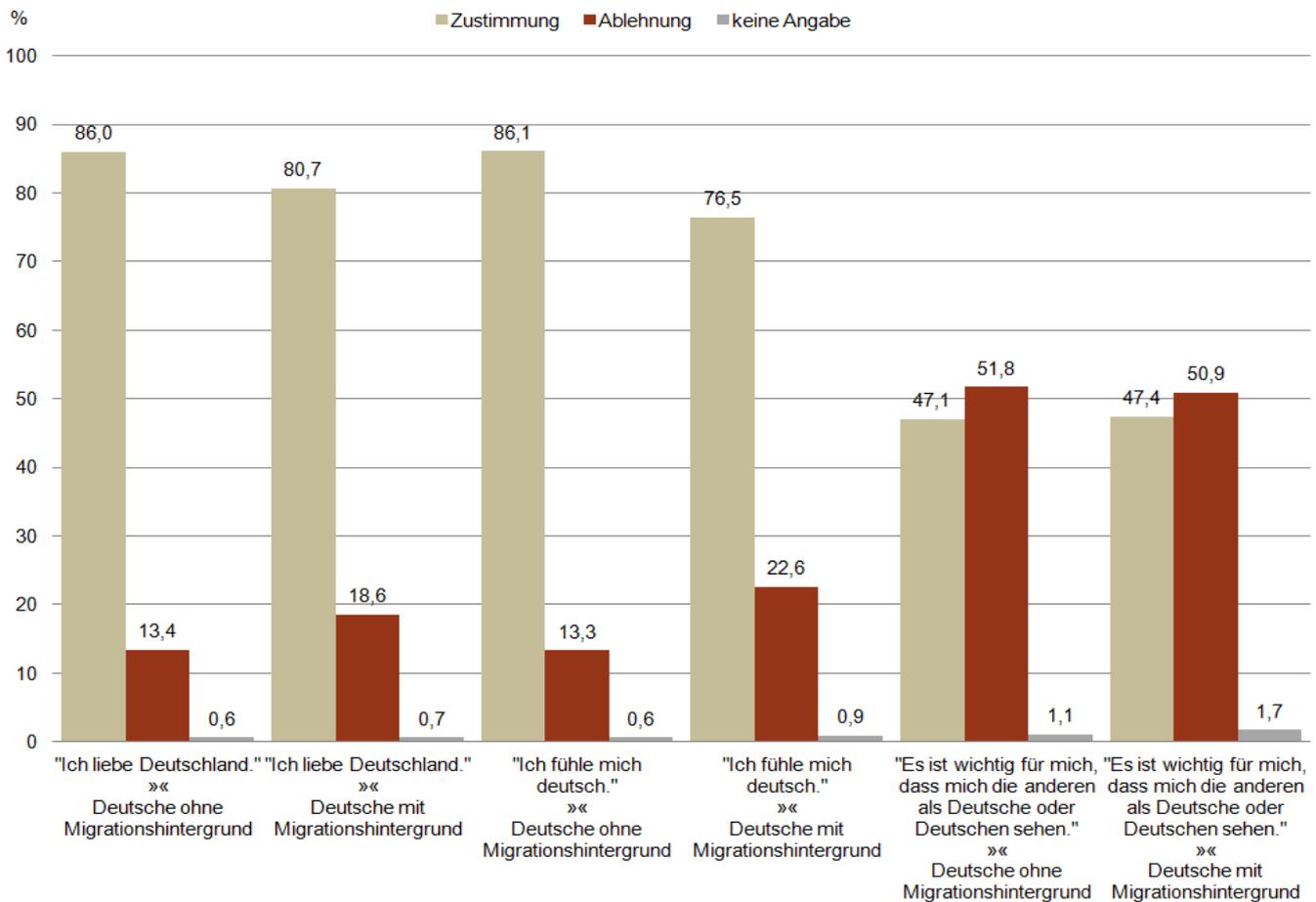
repräsentieren, sich also öffnen für Personen mit Migrationshintergrund. Parallel dazu könnte eine ›Integration von unten‹ – eine Art *civil integration* als staatsbürgerliches, persönliches Integrationsbewusstsein – stark gemacht werden, indem die Erzählung Deutschlands als heterogenes Land deutlich damit verbunden wird, dass Anpassungsleistungen auch von den sogenannten Etablierten erwartet werden. Das Bilden einer heterogenen Gemeinschaft – im Sinne eines neuen Narratives oder eines Leitbildes der ›Einheit der Verschiedenen‹, in welche die Integration jedem Bürger sozialstrukturell offen zu stehen hat – führt zu einem Paradigmenwandel im Integrationsverständnis. Die Politik sollte sich daran messen lassen, wie sie die Öffnung der Strukturen und Institutionen vorantreibt. Sie sollte sich aber auch daran messen, wie sie diese Erzählung einer heterogenen Gesellschaft so verankert, dass Anstrengungen von allen Seiten erwartet werden und nicht mehr nur von Migranten. In diesem Sinne sollte sich die etablierte Dichotomie von Migranten und Einheimischen zugunsten einer Bürger-Identität auflösen, die auf gesellschaftliche Integrationsprozesse als gemeinsamem Ziel hinarbeitet. Somit würde Integration im Sinne des Begründers der vergleichenden Politikwissenschaft, Alexis de Tocqueville, zum Kernziel einer modernen De-

mokratie, die gleiche Teilhaberechte und Partizipationschancen für alle ihre Bürger etablieren muss.

Hierfür müsste es in Deutschland eine Leitbild-Diskussion geben, die überparteilich geführt wird. Dazu sollte ›eine fachlich und politisch überparteilich besetzte Kommission, etwa unter der Federführung der Integrationsministerin‹³¹ im deutschen Bundestag oder ein Gremium vergleichbar dem Ethikrat gegründet werden, um diese Debatten zu führen und dann das veränderte Leitbild in die deutsche Verfassung zu überführen. Das forderte beispielsweise der aus Wissenschaftlern unterschiedlicher Disziplinen zusammengesetzte Rat für Migration Anfang Januar 2015 in der Bundespressekonferenz in Berlin.

Mit der Anerkennung von Heterogenität als deutscher Normalität findet parallel eine narrative Neudeutung nationaler Identität statt – das ›Deutschsein‹ wandelt sich und wird vieldeutiger. Diesen Gedanken transportierte auch Bundespräsident Joachim Gauck in seiner Rede zum 65-jährigen Bestehen des deutschen Grundgesetzes: ›Wer Deutscher ist, wird künftig noch viel weniger als bisher am Namen oder am Äußeren zu erkennen sein.‹³² Der Bundespräsident gibt dem Land in seiner Suche nach nationaler Identität ein Leitmotiv. Das nationale Narrativ, das ›neue deutsche Wir‹ beschreibt Gauck als ›die Einheit der

Abbildung 2: Zustimmung zu Aussagen mit Deutschlandbezug nach Deutschen mit und ohne Migrationshintergrund (in Prozent, gewichtet)



Quelle: Foroutan, Naika et al. (2014): Deutschland postmigrantisch I. Gesellschaft, Religion, Identität. Erste Ergebnisse. Berlin (Hg.: Berliner Institut für empirische Integrations- und Migrationsforschung der Humboldt-Universität), S. 25.

Verschiedenen³³ und bezieht sich, bewusst oder unbewusst, auf Adornos Wunsch ›ohne Angst verschieden sein zu können‹. Die etablierte Trennung des Anderen (des ›Migrantischen‹) und des Eigenen (der imaginierten Kerngesellschaft) könnte narrativ überwunden werden, wenn das Andere als selbstverständlicher Teil des Eigenen wahrgenommen wird – wenn das Eigene, wie im kanadischen Narrativ, eine Einheit aus Verschiedenen bildet. Eine narrative Ausweitung der deutschen Identität hätte zur Folge, dass das Migrantische selbst zum konstitutiven Element des nationalen Narrativs und der deutschen Identität würde: Deutschland würde sich dann als ›Nation of Immigrants‹ neu erzählen, dem Deutschsein wäre das Migrantische dann inhärent und stünde ihm nicht mehr als Gegensatz gegenüber.

Anmerkungen

- ¹ www.spiegel.de/politik/ausland/terrorreport-al-qaida-toetet-achtmal-mehr-muslime-als-nicht-muslime-a-660420.html (Zugriff: 17.2.2015).
- ² Die vollständige Rede unter: <http://islam.de/26019> (Zugriff: 17.2.2015).
- ³ Vgl. Foroutan (2014).
- ⁴ Vgl. Klein/ Martínez (2009).
- ⁵ Müller-Funk (2008), S. 17.
- ⁶ Die Berliner Theater-Intendantin Shermin Langhoff hat den Begriff geprägt, indem sie ihrem Theater Ballhaus Naunynstraße den Namen ›Postmigrantisches Theater‹ gab. Sie hat den Begriff immer wieder subversiv neu gesetzt und damit auf die Öffnungs- und Schließungsprozesse in der deutschen Gesellschaft hingewiesen. Zu Langhoffs Begriff vgl. Bundeszentrale für politische Bildung (2011).
- ⁷ Foroutan et al. (2014).
- ⁸ Bota/ Pham/ Topçu (2012).
- ⁹ www.neuemedienmacher.de/projekte/bundeskongress-ndo/ (Zugriff: 17.2.2015).
- ¹⁰ www.berliner-zeitung.de/politik/initiativen-schliessen-sich-zusammen-kinder-von-migranten-wollen-mehr-mitsprache,10808018,29794900.html (Zugriff: 17.2.2015).
- ¹¹ OECD (2012).
- ¹² Kotte (2009).
- ¹³ Schönwälder/ Sinanoglu/ Volkert (2011).
- ¹⁴ Migazin (2014).
- ¹⁵ Georgi/ Ackermann/ Karakaş (2011), S. 6.
- ¹⁶ Mediendienst Integration (2013).
- ¹⁷ OECD (2012).
- ¹⁸ Vgl. Kymlicka (1999).
- ¹⁹ Vgl. Brubaker (2001).
- ²⁰ Sozialstrukturelle Barrieren und Schließungsprozesse finden sich dort, wo Mitgliedern einer bestimmten sozialen Gruppe der Zugang zu zentralen gesellschaftlichen Bereichen verwehrt wird, z.B. der Zugang zu Bildung oder bestimmten beruflichen Positionen. Dadurch wird beispielsweise die Möglichkeit eines sozialen Aufstiegs im Sinne der Einnahme besserer sozio-ökonomischer Positionen verhindert. Für detaillierte Informationen zu gesellschaftlichen Ausschlussmechanismen siehe: www.bpb.de/apuz/130408/gesellschaftliche-ausschlussmechanismen-und-wege-zur-inklusion?p=all (Zugriff: 17.2.2015).
- ²¹ Vgl. Böcker/ Goel/ Heft (2010).

- ²² Bade (2013).
- ²³ Vgl. Simmel (1984); Dahrendorf (1958).
- ²⁴ Thränhardt (2008), S. 45.
- ²⁵ www.tagesspiegel.de/politik/vor-der-regierungsbildung-integration-muss-weg-vom-innenministerium/8894400.html (Zugriff: 17.2.2015).
- ²⁶ Böcker/ Goel/ Heft (2010), S. 309-310.
- ²⁷ Walter (2012).
- ²⁸ Vgl. Decker/ Brähler (2006); Decker/ Kiess/ Brähler (2008); Decker et al. (2010); Decker/ Kiess/ Brähler (2012); Decker/ Kiess/ Brähler (2014).
- ²⁹ www.rat-fuer-migration.de/pdfs/PM_Pegida_Einstellungen_BPK.pdf (Zugriff: 17.2.2015).
- ³⁰ Vgl. Gabaccia (2002).
- ³¹ www.rat-fuer-migration.de/pdfs/PM_Pegida_Einstellungen_BPK.pdf (Zugriff: 17.2.2015).
- ³² Gauck (2014).
- ³³ Ebd.

Literaturverzeichnis

- Bade, Klaus J. (2013): Integration muss weg vom Innenministerium. Klaus J. Bade im Interview mit Andrea Dernbach. Tagesspiegel. Online abrufbar unter: www.tagesspiegel.de/politik/vor-der-regierungsbildung-integration-muss-weg-vom-innenministerium/8894400.html (Zugriff: 15.11.2014).
- Bota, Alice/ Pham, Khuê/ Topçu, Özlem (2012): Wir neuen Deutschen. Was wir sind, was wir wollen. Reinbek.
- Böcker, Anna/ Goel, Urmila/ Heft, Kathleen (2010): Integration. In: Nduka-Agwu, Adibeli/ Lann Hornscheidt, Antje (Hg.): Rassismus auf gut Deutsch - Ein kritisches Nachschlagewerk zu rassistischen Sprachhandlungen. Frankfurt/Main, S. 304–310.
- Brubaker, Rogers (2001): The Return of Assimilation? Changing Perspectives on Immigration and Its Sequels in France, Germany and the United States. *Ethnic and Racial Studies*, Jg. 24, Nr. 4, S. 531–548.
- Bundeszentrale für politische Bildung (2011): Die Herkunft spielt keine Rolle - ›Postmigrantisches‹ Theater im Ballhaus Naunynstraße. Interview mit Shermin Langhoff, 10.3.2011. Online abrufbar unter: www.bpb.de/gesellschaft/kultur/kulturelle-bildung/60135/interview-mit-shermin-langhoff?p=all (Zugriff: 15.11.2014).
- Dahrendorf, Ralf (1958): Toward a Theory of Social Conflict. *Journal of Conflict Resolution*, Jg. 2 (Juni), S. 170-183.
- Decker, Oliver/ Brähler, Elmar (2006): Vom Rand zur Mitte. Rechtsextreme Einstellungen und ihre Einflussfaktoren in Deutschland. Berlin.
- Decker, Oliver/ Kiess, Johannes/ Brähler, Elmar (2008): Bewegung in der Mitte: Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2008. Mit einem Vergleich von 2002 bis 2008 und der Bundesländer. Berlin.
- Decker, Oliver/ Kiess, Johannes/ Weißmann, Marliese/ Brähler, Elmar (2010): Die Mitte in der Krise: Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2010. Bonn.
- Decker, Oliver/ Kiess, Johannes/ Brähler, Elmar (2012): Die Mitte im Umbruch. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland. Bonn.

- Decker, Oliver/ Kiess, Johannes/ Brähler, Elmar (2014): Die stabilisierte Mitte. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2014. Leipzig.
- Foroutan, Naika (2012): Muslimbilder in Deutschland: Wahrnehmungen und Ausgrenzungen in der Integrationsdebatte. Expertise im Auftrag der Abteilung Wirtschafts- und Sozialpolitik der Friedrich-Ebert-Stiftung. Bonn.
- Foroutan, Naika (2014): Narrationen von Nationen – Oder: Wie erzählt man nationale Identität in Deutschland neu? In: Bertelsmann Stiftung (Hg.): Vielfältiges Deutschland. Bausteine für eine zukunftsfähige Gesellschaft. Gütersloh.
- Foroutan, Naika/ Canan, Coskun/ Schwarze, Benjamin/ Beigang, Steffen/ Arnold, Sina/ Kalkum, Dorina (2014): Hamburg postmigrantisch. Einstellungen der Hamburger Bevölkerung zu Musliminnen und Muslimen. Berlin: Berliner Institut für empirische Integrations- und Migrationsforschung. Online abrufbar unter: www.bim.hu-berlin.de/media/BIM_Hamburg%20postmigrantisch%202014.pdf (Zugriff: 15.11.2014).
- Gabaccia, Donna (2002): Immigration and American Diversity: A Social and Cultural History. Malden.
- Gauck, Joachim (2014): Rede am 22.5.2014. Einbürgerungsfeier anlässlich 65 Jahre Grundgesetz. Online abrufbar unter: www.bundespraesident.de/SharedDocs/Reden/DE/Joachim-Gauck/Reden/2014/05/140522-Einbuergierung-Integration.html (Zugriff: 15.11.2014).
- Georgi, Viola B./ Ackermann, Lisanne/ Karakaş, Nurten (2011): Vielfalt im Lehrerzimmer. Selbstverständnis und schulische Integration von Lehrenden mit Migrationshintergrund in Deutschland. Münster.
- Klein, Christian/ Martínez, Matías (Hg.) (2009): Wirklichkeitserzählungen. Felder, Formen und Funktionen nicht-literarischen Erzählens. Stuttgart/ Weimar.
- Kotte, Hans-Hermann (2009): Journalisten mit Migrationshintergrund. Der andere Blick. Frankfurter Rundschau, 27.1.2009. Online abrufbar unter: www.fr-online.de/medien/journalisten-mit-migrationshintergrund-der-andere-blick,1473342,3168172.html (Zugriff: 15.11.2014).
- Kymlicka, Will (1999): Multikulturalismus und Demokratie. Über Minderheiten in Staaten und Nationen. Hamburg.
- Mediendienst Integration (2013): Politische Partizipation. Vielfalt im Kabinett als Ansporn. Mediendienst Integration, 19.12.2013. Online abrufbar unter: <http://mediendienst-integration.de/artikel/politische-partizipation-interkulturelle-oeffnung-parteien-abgeordnete.html> (Zugriff: 15.11.2014).
- Migazin (2014): Studie. Kaum interkulturelle Vielfalt in Stiftungen. Migazin, 2.6.2014. Online abrufbar unter: www.migazin.de/2014/06/02/studie-kaum-interkulturelle-vielfalt-in-stiftungen/ (Zugriff: 15.11.2014).
- Müller-Funk, Wolfgang (2008): Die Kultur und ihre Narrative: Eine Einführung. 2. überarbeitete und erweiterte Auflage. Wien/ New York.
- OECD (2012): Integration von Zuwanderern: OECD Indikatoren 2012.
- Schönwälder, Karen/ Sinanoglu, Cihan/ Volkert, Daniel (2011): Vielfalt sucht Rat. Ratsmitglieder mit Migrationshintergrund in deutschen Großstädten. Berlin: Heinrich-Böll-Stiftung.
- Simmel, Georg (1984): Die Großstädte und das Geistesleben. In: Ders.: Das Individuum und die Freiheit. Berlin, S. 192-204.
- Thränhardt, Dietrich (2008): Deutschland 2008: Integrationskonsens, pessimistische Erinnerungen und neue Herausforderungen durch die Globalisierung. In: Friedrich-Ebert-Stiftung (Hg.): Einwanderungsgesellschaft Deutschland. Wege zu einer sozialen und gerechten Zukunft. Bonn, S. 45-59.
- Walter, Franz (2012): Die Pflicht zur Gemeinschaft. Frankfurter Rundschau, 27.4.2012. Online abrufbar unter: www.fr-online.de/meinung/gastbeitrag-die-pflicht-zur-gemeinschaft,1472602,15002122.html (Zugriff: 15.11.2014).

Die Autorin

Dr. Naika Foroutan ist stellvertretende Direktorin des Berliner Instituts für empirische Integrations- und Migrationsforschung (BIM) der Humboldt-Universität zu Berlin. Zu den Schwerpunkten ihrer Forschungs- und Lehrtätigkeit gehören u.a. die Themen Migration und Integration; Islam- und Muslimbilder in Deutschland; Identität und Hybridität; politischer Islam und gesellschaftliche Transformation von Einwanderungsländern.

E-Mail: foroutan@hu-berlin.de

IMPRESSUM

Herausgeber: Institut für Migrationsforschung und Interkulturelle Studien (IMIS) der Universität Osnabrück, Neuer Graben 19/21, 49069 Osnabrück, Tel.: +49(0)541 969 4384, Fax: +49 (0)541 969 4380, E-Mail: imis@uni-osnabrueck.de

Bundeszentrale für politische Bildung (bpb), Adenauerallee 86, 53113 Bonn, unter Mitwirkung des Netzwerks Migration in Europa e.V.

Redaktion: Dr. Marcel Berlinghoff, Vera Hanewinkel, Apl. Prof. Dr. Jochen Oltmer (verantw.)

Die Erstellung der Länderprofile (ISSN 1864-6220) und Kurzdossiers (ISSN 1864-5704) erfolgt in Kooperation der o.a. Partner. Der Inhalt der Länderprofile und Kurzdossiers gibt nicht unbedingt die Ansicht der Herausgeber wieder. Der Abdruck von Auszügen und Graphiken ist bei Nennung der Quelle erlaubt.

Weitere Online-Ressourcen: www.bpb.de, www.imis.uni-osnabrueck.de, www.migration-info.de, www.network-migration.org
Unsere Länderprofile und Kurzdossiers sind online verfügbar unter: www.bpb.de